

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, für auswärts 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Tageszeitung 0,10 Goldmark, für auswärts 0,15 Goldmark. — Die Preisgebühr für Zustellungen beträgt 0,10 Goldmark. — Für die Abnahme von bestimmten Tagen und Jahren kann eine Sondervereinbarung getroffen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den nächsten Monat 1 Goldmark, für weitere 2,00 Goldmark, für die nächsten 3 Monate 5,00 Goldmark, für die nächsten 6 Monate 10,00 Goldmark, für die nächsten 12 Monate 20,00 Goldmark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7 951, 2 7 952, 2 7 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 10 Dienstag, 13. Januar 1925 XXXIII. Jahrg.

Wendung in der amerikanischen Außenpolitik

Ein Sieg Borahs — Neuregelung der Beziehungen zu Rußland? — Stärkere Beteiligung Amerikas an der europäischen Politik zu erwarten

Immer noch kein Reichstabinett

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt, ohne zu einem Resultat zu führen. Noch bevor das Zentrum seinen ablehnenden Beschluß gefaßt hatte, war der im Reichstag verammelte Vorstand der demissionarischen Fraktion auseinandergegangen. Auch der im Reichstag anwesende Finanzminister Dr. Luther hatte bereits das Haus verlassen, so daß mit einem Abschluß der Kabinettsbildung am Sonntag nicht mehr zu rechnen war. Durch den Beschluß des Zentrums ist nun eine neue Lage entstanden.

Die Besizer der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Kabinettsbildung erwiderten es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgeschlagenen Kabinett zu beteiligen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat, wie WTB hierzu erzählt, auf der Grundlage dieses Beschlusses heute morgen die informativsten Erklärungen mit dem Zentrum und den übrigen Fraktionen fortgesetzt. Dr. Luther soll den Beschluß des Zentrums nicht als unbedingt ablehnend betrachten. Es besteht noch die Hoffnung, daß das Zentrum einem Kabinett Luther wenigstens neutral gegenüberstehe würde, selbst wenn es eine aktive Beteiligung ablehnen sollte. Die Demokraten haben vorläufig das Kabinett Luther abgelehnt.

Ein ergebnisloser Sonntag

B. Berlin, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht) Die Berliner Montagblätter berichten über den Beschluß, zu dem die Reichstagsfraktion des Zentrums gestern nach Stundenlanger Beratung in später Nachtstunde gekommen ist, mit schreiendem Überschwang: „Das Zentrum einigt sich gegen Luther“, „Einstimmige Ablehnung Luther durch das Zentrum“ und dergleichen mehr. Wir möchten aus Grund unserer Informationen glauben, daß diese Auslegungen den Tatsachen zum mindesten voraussetzen.

Aus den gestrigen Sitzungen des Zentrums schließen wir einstweilen nur, daß es sehr festig im Schoße der Fraktion angelegert ist. Das war aber zu erwarten. Im übrigen verlegt der Beschluß noch nicht alle Wege, die Dr. Luther zu gehen gewillt scheint. Eine Beteiligung der Fraktion als solcher war ja überhaupt nicht beabsichtigt. Die Zentrumsfraktion am Sonntag soll genau wie die am Sonnabend sehr schwach besucht gewesen sein. Es bleibt also dabei, daß gestern etwas Entscheidendes nicht geschehen ist und daß Dr. Luther heute seine Bemühungen um die Kabinettsbildung fortsetzen wird.

Wettern hat Dr. Luther noch mit den Abgeordneten Gehrtsch, Haas und Stegerwald verhandelt. Von den demissionarischen, deren Fraktionsvorsitzende gestern gleichfalls im Reichstag verammelt waren, berichtet die „Zeit“, daß sie keine endgültigen Beschlüsse gefaßt hätten und zu einem Kabinett Luther eine wohlwollende Haltung einnehmen würden. Ueberhaupt wird mit anderen Wählern erzählt die „Zeit“ dann noch, daß die demissionarischen dem früheren Reichspräsidenten Waltraud Herrmann Luther als ihren Kandidaten für das Reichsministerium des Innern präsentieren würden.

Das Abbrückungsproblem

England für Abbrückung an den Völkerbund? Telegramm unres. Korrespondenten ab. Paris, 12. Januar. In amerikanischen Delegiertenkreisen wird mitgeteilt, daß zwischen Churchill und Herriot über die Abbrückungsfrage gesprochen wurde. Churchill soll angeregt haben, das Abbrückungsproblem dem Schiedsgericht des Völkerbundes zu übergeben und nachher das Resultat dieser schiedsgerichtlichen Untersuchung einer internationalen Konferenz vorzulegen. Einigkeit wird, daß England damit einverstanden wäre, wenn diese Prüfungskommission unter dem Vorsitz eines Amerikaners stünde. Aus französischer Seite bewahrt man über diese vorläufig noch immer zu kontrollierende Nachricht strenge Stillschweigen.

Der Rücktritt des Staatssekretärs Hughes

Der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, sein Nachfolger

Washington, 11. Januar. (Durch United Press) Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß Staatssekretär Hughes am 4. März von seinem Posten zurücktreten wird. In seinem Nachfolger ist der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, angetreten worden. Staatssekretär Hughes hat seinen Rücktritt in einem Schreiben an Präsident Coolidge mitgeteilt, in dem er als Grund seines Schrittes mit besonderem Nachdruck seinen Wunsch Ausdruck verleiht, von der Verantwortung seines Amtes entbunden zu werden, und die Hoffnung äußert, daß seiner Bitte Folge gegeben werde, so daß er wieder ins Privatleben zurückkehren könne.

Nach Auffassung maßgebender Kreise im Kongreß ist der Schritt Hughes letzten Endes auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem neuen Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der besonders hart in der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands zum Ausdruck kommen. Diese Meinungsverschiedenheiten würden das Zusammenarbeiten des Staatssekretärs mit dem Senat ganz erheblich erschweren. Im Senat ist man geneigt, den Rücktritt Hughes als einen Sieg Borahs anzusehen, der in der letzten Zeit in besonders enger Fühlung mit dem Weissen Hause gestanden hat. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß die Äußerungen von Freunden Borahs, die während des letzten Sommers gemacht wurden, ins Gedächtnis zurückzurufen. Einstimmig wurde damals die Meinung vertreten, daß die Wiederwahl Coolidges sich in der Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland auswirken würde. Der Nachfolger Hughes, Botschafter Kellogg, hat sich bisher noch nicht in der russischen Frage geäußert und, soweit bekannt, immer nur die Ansicht des Staatsdepartements zum Ausdruck gebracht. Unter den ausführenden Gewerkschaften für den durch die Ernennung Kelloggs freigewordenen Botschafterposten in London werden Robert McCormick, Wood und Herbert Hoover genannt. Jedoch erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß der ausführendste Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Douglas, ebenfalls ein ausführender Bewerber um die Nachfolge Kelloggs ist.

Nach dem Rücktritt Hughes wird die auswärtige amerikanische Politik durch ein Triumvirat geleitet werden. Man erwartet, daß Präsident Coolidge selbst eine aktivere Rolle spielen wird, wobei er von Kellogg und Borah unterstützt werden dürfte. Definitive Schritte in der Frage der Anerkennung Rußlands dürften in Kürze zu erwarten sein. Ebenso rechnet man mit der Teilnahme Rußlands und Deutschlands an der Währungskonferenz in Washington und einer „hands-off“ (Hände-ab) Politik mit Bezug auf die mittelamerikanischen Staaten.

Aus eingeweihten Kreisen erfahren wir, daß der Rücktritt Staatssekretär Hughes einen erheblichen Bruch innerhalb des Kabinetts veranlassen hat, der in der Folge über die gegen Rußland und die mittelamerikanischen Staaten einschlägige Politik überwinden würde. In der Ernennung Kelloggs glaubt man die Garantie in Händen zu haben, daß sich in der Zukunft ein glattes Arbeiten zwischen dem auswärtigen Amt und dem Staatsdepartement ermöglichen lassen wird.

Das Echo in London

London, 12. Januar. Die heutige Morgenpresse beschäftigt sich eingehend mit dem Rücktritt des Staatssekretärs Hughes und der Ernennung Kelloggs zu seinem Nachfolger, und bezeichnet dies als ein Ereignis von Weltbedeutung. — Der New Yorker Berichterstatter der „Daily Mail“, demzufolge der Rücktritt Hughes und die Ernennung Kelloggs zum Staatssekretär in ganz Amerika großes Aufsehen erregt habe, schreibt, es sei sicher, daß die Beweggründe für diesen Wechsel im Kabinett sehr wichtige Änderungen in der amerikanischen Außenpolitik in Aussicht stellen.

Neue Kämpfe in China

Telegramm unres. Korrespondenten ab. Paris, 12. Januar. Aus Shanghai wird dem „Main“ gemeldet: Der frühere Militärgouverneur von Kiangsi, Tsi Shi-an, der eine Zeitlang durch seine Niederlage kompromittiert gewesen war, führte in den ersten Tagen des 11. Januar eine Expedition auf das Singkawang-Plateau von Schanhai aus und besetzte es, ohne auf besonderen Widerstand zu stoßen.

Diktatur in Italien

Salandra in der Opposition — Mussolinis Kampfbred in der Kammer — Faschismus und Kommunismus?

Von unserm Korrespondenten

Rom, 6. Januar

Die Ereignisse in Italien haben zweifellos in diesen Tagen eine ganz entscheidende Wendung genommen: Mussolini hat sich zu einem Schritt entschlossen, der trotz mancher konstitutioneller Formen auf eine reine Diktatur hinausläuft, auf eine Alleinherrschaft des Faschismus, wie sie das Land in dieser Form noch nicht gesehen hat. Er allein hat die Verantwortung übernommen, die Verantwortung für das Wohl des Landes, für die Taten seiner Partei, für alles, was sich in den nächsten Monaten ereignen wird, — und er allein will in Zukunft die Schuld auf sich nehmen oder den Ruhm ernten, wie immer sich auch die Ereignisse entwickeln.

Als nach der Ermordung Matteottis die Opposition dem Faschismus die ersten großen Schläge versetzte, gab es zwei Lösungsmöglichkeiten: „Normalisierung“ oder Diktatur. Die eine dieser Möglichkeiten, die Diktatur nämlich, ist zumindest in den Augen der Faschisten bestehen geblieben. Die Normalisierung aber wurde umgangen. Neue Gewalttaten der Schwarzhemden und der immer heftiger, immer gefährlicheren Sturmtruppen übernahmen, insbesondere aber die Aufwertung des „moralischen Problems“, wie das Schlagwort lautet, die Einleitung des journalistischen „Prozesses gegen das Regime“, ließen als andere Möglichkeit nur noch den Rücktritt des „Juno“ offen. Rücktritt oder Diktatur, so hand es kurz vor Weihnachten, als die Stände von Salvo, de Bonis und Quarta in aller Runde waren. Dennoch hat Mussolini damals ein letztes Mal versucht, den Rahmen der Normalisierung zu betreten. Auf die Wahl eines „Novellen“, die diesem Ziele dienen sollte, antwortete die Opposition in- und außerhalb Montecitorio wie aus einem Munde: „Nein, nein, gut, aber nicht unter einer Regierung Mussolini!“

Die Veröffentlichung der Denkschrift Cesare Rossi, über die wir feinerzeit berichteten, hat dann den Kampf in die entscheidende Phase gebracht. Und Mussolini, der diesmal in höchstgener Person in den „Prozess gegen das Regime“ einbezogen worden war, griff zu der Lösung, die ihm nunmehr als die einzig mögliche erschien: zur Diktatur. Dieser Schritt ist ihm zweifellos dadurch erleichtert worden, daß der Faschismus, wenn er überhaupt noch regieren wollte, tatsächlich nur allein regieren konnte. Auch die Rechtsliberalen, bisher seine treuesten Verbündeten, haben sich von ihm getrennt. Salandra selbst ist zur Opposition übergegangen. (Er hat übrigens auch sein Amt als Vertreter Italiens im Völkerbund niedergelegt, was wir Deutschern gewiß nicht bedauern werden.) Schließlich sind auch die liberalen Minister Crispien und Saraceni aus der Regierung ausgeschieden. Was auf die Rechtsliberalen und die Rationalisten haben sich sämtliche Parteien vom Faschismus getrennt, den man nunmehr mit Recht als völlig isoliert bezeichnen kann.

Aus dieser Isolierung eine „splendid isolation“ zu machen, wurde damit für Mussolini zum wichtigsten Problem. Er hat es in seiner längsten Kampfbred vor der Kammer versucht. Vom Jubel seiner Partei begrüßt, vom feinen Quäken der Oppositionellen im Saale mit kaltem Schweigen empfangen, ist Mussolini vor die Kammer getreten. In leidenschaftlicher Rede erklärte er der Opposition auf dem Aventin, die jeden Versuchungsversuch immer wieder zurückgewiesen habe, den Vernichtungskrieg. Die Opposition mit ihrem Verleumdungsfeldzug sei gleich im Sinken der Luft im letzten Monat durch drei geheimnisvolle Brandbomben in den Bahndepots geküchert habe. Auf die aufrührerische Opposition allein solle die Verantwortung für die schwarzen Maßnahmen, zu denen die Regierung gezwungen worden sei. Nachdem Mussolini die Beschuldigungen, die in der Denkschrift Rossi gegen ihn enthalten sind, zu entkräften versucht hatte, fuhr er fort: „Wohlan, im Angesicht dieser Verurteilung und des ganzen italienischen Volkes übernehme ich, ich allein, die Verantwortung für alles, was geschehen ist. Wenn die feindsichtige Partei nicht weiter ist als eine „Geißel“ zu verbrennenden Zwecken, so bin ich das Haupt dieser Geißel.“ Stürmischer Beifall der Partei begrüßte diese Rede ihres bereits verloren geglaubten und ihr nun wiedergeborenen Führers.

Und unverzüglich hat Mussolini die Konsequenzen aus seinem Schritte gezogen. Das Kabinett wurde umgebildet, an Stelle der liberalen Minister wurden zwei Faschisten ernannt, der Justizminister Puglia, der vielleicht die verant-

wortung für die Art, wie die politischen Prozesse geführt werden, nicht mehr übernehmen wollte, wurde durch den bisherigen Kammerpräsidenten Rocco ersetzt. Gleichzeitig setzte der Kampf gegen die Opposition mit allen Mitteln ein, über die der Staat, der dem Faschismus unterworfen ist, verfügt.

Die wichtigsten Oppositionsblätter sind seit Tagen nicht erschienen, und zwar wurden sie nicht, wie bisher, nach dem Erscheinen sequestriert, sondern meist von vornherein verboten. Auch die gemäßigteren Blätter, wie „Corriere della Sera“ und „Stampa“ hat diesmal wiederholt ein ähnliches Schicksal erlitten. Das Kampfblatt des Aventin, der „Mondo“, erschien gestern zwar, enthielt aber nichts als ein Verzeichnis der armen Kinder Roms, die er durch eine Sammlung am Dreikönigstage beschaffen konnte. Im gestrigen Mailänder wurde mitgeteilt, daß das neue Jahr in Italien mit 600 Hundstößen, 111 Verhaftungen, Auflösung von 145 Partigruppen, Vereinigungen usw. begonnen hat. Auch die Wille wurde teilweise mobilisiert und auf den Bahnhöfen sieht man wieder, wie im Jahre 1922, starke Gruppen von Schwarzhemden, Faschisten begleiten die wichtigsten Schnellzüge, — und das alles, nachdem Mussolini in der Kammer die Rückkehr zum alten rein demokratischen Wahlrecht und damit den wichtigsten Schritt zur „Normalisierung“ des Landes angehängt hatte.

Damit übernimmt Mussolini also als Diktator allein die Verantwortung für die Geschehnisse des Landes. Da ihm die Krone dabei freiwillig oder unfreiwillig folgt, ist noch dahingestellt. Tatsache bleibt, daß sich der König mit den „unzuverlässigen“, ja zum Teil ausgesprochen antimonarchischen Elementen, die sich in der Opposition auf dem Aventin befinden, unmöglich einstellen kann, während sich der Faschismus einwirken noch als treue Stütze des Hauses Savoia gebildet. Und wenn der König vielleicht ganz dieser Stütze entraten würde, kann er sich ihrer doch nicht entledigen, ohne den Bürgerkrieg zu entfesseln. In diesem Bürgerkrieg stünde dem Faschismus eine einzige auch zu blutigem Kampfe entschlossene Partei gegenüber: der Kommunismus. Ein Erfolg der Roten in etwaigen „Viazza“-Kämpfen, die in Italien stets eine so große Rolle gespielt haben — ein Erfolg, der allerdings bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen recht unwahrscheinlich ist —, könnte zur Folge haben, daß ein Radikalismus durch den andern abgelöst würde. Eine Lösung, der das in seiner überlebenden Weisheit gemäßigste italienische Volk feinerzeit Sympathien entgegenbringt, und die es gewiß so lange wie irgend möglich vermeiden wird, sei es selbst auf Kosten seiner politischen Freiheit.

Englische Eintreibung Rußlands?

Telegramm unres. Korrespondenten ab. London, 12. Januar. Nach einer Meldung des „Daily Express“ undliga erklärt man in russischen Kreisen, daß die englische Regierung eine aktive antimonarchische Politik betreibt und daß Chamberlain eine Eintreibung Rußlands durch eine Reihe von antimonarchischen Staaten von Finnland bis nach Mexiko anzuregen veruche.

Beginn des Prozesses Saboul

Telegramm unres. Korrespondenten ab. Paris, 12. Januar. Der morgen vor dem Kriegsgericht in Orleans beginnende Prozeß gegen den früheren Hauptmann Saboul wird zu einer Aussprache über die Politik der Clemenceau-Pignon und des früheren französischen Botschafters in Petersburg, Rouleus, führen. Saboul war im Jahre 1917 Beträger eines Mannes an der französischen Revolution in Petersburg und lieferte Berichte über die Lage Rußlands. Er warnte Clemenceau und Pignon, an die Festigkeit der Kerenski-Macht zu glauben und schickte ausführliche Berichte über den Stand der Dinge in Rußland. Clemenceau schenkte diesen Berichten aber keinen Glauben, sondern zog es vor, die Berichte Sabouls in den Papieren zu werfen und sich auf die des Botschafters Rouleus zu verlassen. Die ganze Korrespondenz wird von der Verteidigung Sabouls im Verlaufe des Prozesses zur Verlesung gelangen. Man befürchtet hierbei unliebsame Zwischenfälle.